

Der Kreistag stimmte dem Antrag der Fraktion Tübinger Linke in seiner Sitzung am 16.11.2016 mehrheitlich zu. In Ziffer 4 wurde das Wort „Landkreistag“ ergänzt, sodass die gefasste Resolution folgendermaßen lautet:

- 1. Der Kreistag fordert von der Landesregierung die Veröffentlichung aller die Kommunen betreffenden haushaltsrelevanten Nebenabsprachen einschließlich der so genannten „Giftliste“, deren Existenz Ministerpräsident Kretschmann bereits zugegeben hat und die wesentliche Kürzungen bei Kommunen und Landkreisen enthalten soll.**
- 2. Der Kreistag Tübingen fordert die Landesregierung auf, die Verwendung der hohen Steuermehreinnahmen des Landes in den letzten Jahren aufgrund der konjunkturellen Entwicklung offenzulegen.**
- 3. Der Kreistag Tübingen fordert in Übereinstimmung mit dem Gemeindetag, dem Städtetag und dem Landkreistag Baden-Württemberg höhere Landeszuschüsse für dringend benötigten Mietwohnungsbau, Schulsanierungen und die bessere Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern und weist Forderungen der Landesregierung nach Kürzungen bei Kommunen und Landkreisen zurück. Als ersten Schritt tritt der Kreistag dafür ein, dass das Land seine Zusage einhält, auf die Vorwegentnahme von 315 Mio. Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich zu verzichten. Zugleich fordert der Kreistag die Landesregierung auf, einen Plan auszuarbeiten, wie die große Investitionslücke von 27,2 Mrd. Euro allein in Baden-Württemberg mittelfristig abzubauen ist. Außerdem tritt der Kreistag für einen Rettungsschirm für Kommunen ein, der von der Landesregierung finanziell auszustatten ist, damit die öffentliche Daseinsvorsorge in den Kommunen gewährleistet wird.**
- 4. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf, künftig mit dem Gemeindetag, dem Städtetag und dem Landkreistag kooperativ zusammenzuarbeiten und nicht über ihre Köpfe hinweg Entscheidungen zu treffen, die wesentlich in die Haushalte der Kommunen und der Landkreise eingreifen.**